

Inhaltsverzeichnis

Botschaft des Präsidenten.....	2
Special Edition	4
Das Parlament im Jahr 1979	4
Jubiläumsfeier.....	6
Engagieren Sie sich für die Europawahl 2019!	7
ERASMUS+ - Bildung und Ausbildung, Jugend unter einem Dach	9
Das Europäische Parlament und der Menschenrechtsschutz	11
Subsidiarität.....	13
Europäisches Parlament / Nationale Parlamente	15
Errungenschaften und Herausforderungen des Europäischen Parlaments.....	17
Bilanz und Zukunft des Europäischen Parlaments	19
Ein auf die Bürger ausgerichteter Binnenmarkt.....	21
40 Jahre Europäisches Parlament – Direktwahlen.....	23
Konferenz auf hoher Ebene in Florenz	25
VEM Veranstaltungen.....	27
Die Ukraine als Herausforderung für Europa	27
Besuch in den USA.....	29
Gastvortrag an der Universität Göttingen.....	31
Gastvortrag an der Universität Mendel.....	32
Drei Vorträge in Izmir (Türkei) – für ein besseres Europa	34
Rechtliche, ethische, wirtschaftliche und technologische Erkenntnisse für eine solide Datenwirtschaft: AUF DEM Symposium der Universität Maastricht gewonnene Erkenntnisse	36
Erasmus+-Mobilität? Ich werde es hoffentlich überleben!.....	38
Populärer als die Populisten werden.....	40
„Talking to North Korea: Ending the Nuclear Standoff“ von Glyn Ford (ehemaliges MdEP, SPE/S&D) ..	42
Verlag: Pluto Press, 2018.....	42

Botschaft des Präsidenten

Sehr geehrtes Mitglied,

Dies ist das erste Bulletin im neuen Jahr 2019. Diese Gelegenheit möchte ich nutzen, um auf die Herausforderungen zu blicken, denen wir uns in der Zukunft gegenübersehen. Vor Europa liegt eine Zeit weitreichender Entscheidungen. Die Europawahl steht an und ich habe bereits gesehen, dass viele von Ihnen begonnen haben, sich im Wahlkampf zu engagieren. Der ein oder andere hat sich möglicherweise auch selbst für ein politisches Amt zur Wahl gestellt, aber auch all jene, die sich für ein vereintes und demokratisches Europa einsetzen, sind ein zentraler Teil der Bewegung.

Für alle von Ihnen, die nicht die Gelegenheit hatten, an unserem jährlichen Seminar im November 2018 teilzunehmen, möchte ich eine wichtige Initiative des Europäischen Parlaments hervorheben. „Diesmal wähle ich“ (<https://www.diesmalwaehleich.eu/>) ist eine tolle Website, mit der betont wird, wie wichtig es ist, seine Stimme bei der diesjährigen Wahl abzugeben. Alle Bürger können eine eigene Kampagne starten, die auf ihre Bedürfnisse und Interessen zugeschnitten ist. Besuchen Sie gerne die Website, verwenden Sie die darauf vorhandenen Materialien und geben Sie die Informationen weiter. Bei der Europawahl 2019 ist es wichtiger denn je, dass so viele Menschen wie möglich daran teilnehmen.

Wir in unserem Verein hoffen, dass wir nach der Europawahl viele neue Gesichter bei den ehemaligen Mitgliedern begrüßen können. Das Sekretariat hat bereits viel Arbeit in die Rekrutierungskampagne investiert, die im Oktober 2018 begonnen hat, und wird auch weiterhin sicherstellen, dass unsere Arbeit Erfolg haben wird. Sie als VEM-Mitglieder möchte ich jedoch ebenfalls darum bitten, uns in diesem Vorhaben zu unterstützen. Wenn Sie ehemalige Kolleginnen oder Kollegen kennen, die nicht erneut kandidieren werden, wäre ich Ihnen äußerst dankbar, wenn Sie diese über unsere Aktivitäten informieren könnten. Das Sekretariat stellt Ihnen gerne Flyer und andere Materialien zur Verfügung, falls Sie diese benötigen.

In diesem Jahr freuen wir uns außerdem auf unsere Reisen und Kooperationen. Im Juni wird der VEM eines der jüngsten Mitglieder und das Land, das derzeit den Vorsitz im Rat der Europäischen Union innehat, besuchen – Rumänien. Die Schwerpunkte, die Rumänien für seinen Vorsitz gewählt hat, sind gemeinsame europäische Werte, Europa als ein starker globaler Akteur, mehr Sicherheit in Europa und ein Europa der Konvergenz. Zu einem späteren Zeitpunkt in diesem Jahr wird der VEM eine Studienreise nach Georgien anbieten. Das Land ist ein wichtiger Partner der EU. Beide Parteien streben einvernehmlich politische Zusammenarbeit und wirtschaftliche Integration an. Wir versprechen uns von diesen Studienreisen lebhaft und interessante Diskussionen.

Des Weiteren führen wir im Jahr 2019 unsere Zusammenarbeit mit Universitäten fort, um Ihre Erfahrungen und Ihr Wissen jungen Menschen in Europa und auf der ganzen Welt näherzubringen. Für das Programm „EP to Campus“ bildeten zu Beginn dieses Jahres äußerst erfolgreiche Kooperationen in Mangaluru, Florenz (Italien) und Rabat den Auftakt. Ich möchte mich herzlich bei allen Kandidatinnen und Kandidaten bedanken, die ihre unermüdliche Unterstützung unter Beweis stellen, indem sie ihre Bewerbungen einreichen, sowie bei den Dozenten, die das Rückgrat des Programms „EP to Campus“ bilden.

Abschließend möchte ich noch auf unsere Veranstaltungen am 3. - 4. April hinweisen. Der VEM wird das Treffen zum Runden Tisch des Europäischen Parlaments und des Europäischen Hochschulinstituts zum Thema Geschichte über 40 Jahre Direktwahl des Europäischen Parlaments (40 years of European Parliament direct elections) unterstützen, das vom Wissenschaftlichen Dienst des Europäischen Parlaments ausgerichtet wird. Im Anschluss werden die Gedenkfeier und unsere

Dinner-Debatte stattfinden. Hauptredner wird Renaud Dehousse sein, der Präsident des Europäischen Hochschulinstituts. Am nächsten Tag, dem 4. April, hoffe ich, viele bekannte Gesichter bei der jährlichen Generalversammlung wiederzusehen, und freue mich am Vorabend der Europawahl auf einen interessanten und intensiven Austausch über die Aktivitäten des Vereins.

Hans-Gert Pöttering

Special Edition

Das Parlament im Jahr 1979

Die Eröffnung in Straßburg im Juli war ein besonderes Ereignis – es gab 410 neue MdEP aus neun Ländern! Da wir keinen eigenen Plenarsaal hatten, nutzten wir den Saal des Europarates. Die Sitzordnung richtete sich nicht nach der Nationalität, sondern nach der politischen Ausrichtung – wir saßen also zwischen „Fremden“.

Als Erste sprach die „doyenne d’age“, die Alterspräsidentin. Louise Weiss, 86 Jahre alt, war eine französische Vorkämpferin des Frauenwahlrechts gewesen. Um die Reden verstehen zu können, setzten wir uns Kopfhörer auf, denn die Redner konnten in allen sechs Sprachen vortragen. Als ich mich umsah, entdeckte ich berühmte Gesichter: Berlinguer, der italienische Kommunist, der Moskau die Stirn geboten hatte, Willy Brandt, der ehemalige deutsche Bundeskanzler, und mehrere ehemalige französische Premierminister waren in unsrer Mitte.

Unsere erste Handlung war die Wahl eines Präsidenten. Die Wahl fiel auch hier auf eine Französin – Simone Veil, der in Auschwitz eine Häftlingsnummer auf den linken Arm tätowiert worden war.

Am ersten Abend veranstaltete die Stadt Straßburg eine Willkommensfeier im Kongresspalast. Da ich niemanden kannte, setzte ich mich an einen Tisch neben einen jungen Deutschen, der auch niemanden zu kennen schien. Sein Name war Hans-Gert Pöttering. Im Laufe der darauf folgenden vierzig Jahre wurden wir zu guten Freunden und Kollegen.

Damals fragte man sich: „Was ist die Aufgabe eines MdEP?“ In Brüssel besuchte ich eine Sitzung des Ausschusses für Landwirtschaft des Parlaments. Der Kommissar, Finn Olav Gundelach, beschrieb die Gemeinsame Agrarpolitik in allen Einzelheiten, doch sie blieb mir trotzdem rätselhaft. Dann fragte er, ob er uns sagen solle, worin unsere Aufgabe als neue MdEP bestehe.

Seit 1945, so Gundelach, habe es immer wieder Anstrengungen gegeben, um die europäischen Staaten zusammenzubringen. Es herrschten Enthusiasmus und Idealismus. Heute, im Jahr 1979, nach de Gaulles Vetoversuch und der Politik des leeren Stuhls, schein die Bewegung für ein vereintes Europa stark ins Stocken geraten zu sein. Der Karren stecke im Dreck. Unsere Aufgabe als neue MdEP sei es, den Karren aus dem Dreck zu ziehen und wieder in Fahrt zu bringen. Unsere Aufgabe war es, die europäische Einigung wieder in Fahrt zu bringen!

Über MdEP wurde gespottet, sie hätten keinen Einfluss. Die können doch bloß den Haushalt der Union in seiner Gesamtheit ablehnen oder die Kommission als Ganze entlassen – weder das eine noch das andere werden sie jemals wagen, und bei der Gesetzgebung können sie dem Ministerrat nur eine beratende Stellungnahme vorlegen, die oft gar nicht beachtet wird, sagte man über uns.

Im Dezember fand die Debatte über den Haushaltsentwurf für 1980 statt. Unter den Rednern herrschte Uneinigkeit: Sollten wir von unseren Befugnissen Gebrauch machen? War es dafür nicht zu früh? Der irische Finanzminister beendete die Debatte mit den Worten „You are a rabble“, wir

seien ein undisziplinierter Haufen. Diese Beleidigung brachte die Entscheidung: Der Haushalt wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Seltsamerweise verschwand diese Beleidigung aus dem Sitzungsprotokoll – das man damals übrigens „rainbow“ (*Regenbogen*) nannte, da die Redebeiträge in den Sprachen abgedruckt wurden, in denen sie vorgetragen wurden. Wer hatte es wohl gestrichen?

Während der Wahlen billigte der Ministerrat eine Richtlinie über Isoglukose, ohne eine Stellungnahme der MdEP abzuwarten. Der Gerichtshof der Europäischen Union entschied, das Verfahren sei nicht ordnungsgemäß eingehalten worden, und erklärte sie für ungültig. Wir als MdEP entdeckten unsere Möglichkeit, Einfluss auf die Gesetzgebung zu nehmen. Wenn der Rat unsere Stellungnahme brauchte, dann musste er eben mit uns verhandeln.

Die Mitglieder mussten ihre Sitzungen in drei Städten abhalten. In Luxemburg wurde ein spektakulärer Plenarsaal gebaut. Wir stimmten dafür, ihn zu boykottieren, und gegen uns wurde Klage vor dem Gerichtshof erhoben. Wir verloren zwar, wurden jedoch vorläufig von der Verpflichtung befreit, dort zu tagen, wobei ein Teil der Parlamentsangestellten allerdings weiterhin dort arbeiten musste.

Und so zogen wir den Karren langsam wieder aus dem Dreck. Heute – vierzig Jahre später – hat er sich schon ein ganzes Stück bewegt, aber der Weg ist immer noch lang.

Bill Newton-Dunn

Jubiläumsfeier

Anlässlich dieses besonderen Ereignisses, der Feier von 40 Jahren Direktwahl zum Europäischen Parlament, möchte ich Simone Veil, unsere erste Präsidentin, würdigen. Frau, Jüdin, Holocaust-Überlebende und bekennende Europäerin. Ich hatte die Ehre, mit ihr im EP zusammenzuarbeiten, und das Privileg ihrer Freundschaft. Sie verkörperte die Würde Europas.

Normalerweise feiern wir unsere Geburtstage mit Kritik und Selbstironie. Vielleicht weil unser Ehrgeiz so groß ist. Es ist aufschlussreich, Bilanz der Entwicklung des europäischen Aufbauwerks und seines Parlaments in dieser Zeit zu ziehen. 1978 gab es 9 Mitgliedstaaten und 198 MdEP im Europäischen Parlament, heute sind es 28 Mitgliedstaaten mit dem bevorstehenden Brexit und auf der anderen Seite eine Warteliste und 751 MdEP.

Wichtiger jedoch ist, dass die Rolle des EP im institutionellen Rahmen enorm an Bedeutung gewonnen hat. Vor 40 Jahren war es ein beratendes Gremium und ein Debattierclub der Europäischen Gemeinschaft. Sein erster Beschluss nach den Wahlen im Jahr 1979 war die Ablehnung des Haushaltsplans.

Nach dem Fall der Berliner Mauer und dem Ende des Kalten Krieges konnte das Parlament erstmals aktiv an den Verhandlungen über den Vertrag von Maastricht teilnehmen. Und die künftige Union gestalten. Es setzte sich für eine kurze Liste entscheidender Prioritäten ein: Ergänzung der gemeinsamen Währung um eine gemeinsame Unionsbürgerschaft, gemeinsame Gesetzgebungsbefugnisse mit dem Rat (Mitentscheidung), Teilnahme an der Wahl des Präsidenten einer für die Dauer seiner Mandatsperiode gewählten Kommission.

Nach Arbeiten an einem neuen Vertrag alle vier Jahre und nach zwei Konventen wurde mit dem Vertrag von Lissabon der Inhalt der gescheiterten Verfassung gerettet und die Charta der Grundrechte verbindlich gemacht. Nun steht die Aufgabe bevor, den Fiskalpakt in den EU-Rechtsrahmen aufzunehmen.

Das Europäische Parlament hat in 40 Jahren einen Weg zurückgelegt, für den wir in unseren Mitgliedstaaten Jahrhunderte gebraucht haben. Und vor allem ein demokratischeres System mit gegenseitiger Kontrolle erreicht. Gleichzeitig gewinnt die europäische Zivilgesellschaft nach der Wirtschafts- und Vertrauenskrise an Kraft. Es muss Fortschritte beim gemeinsamen Demos geben.

Das ist nicht das Ende des Wegs. Am Vorabend der europäischen Wahl 2019 hat der Kampf für oder gegen Europa begonnen. Der wiedererstarkende Nationalismus und die Ängste, die von Populisten und ihren Lösungen ausgenutzt werden, sind eine echte Bedrohung. Die Antwort wird sein, weiter am Aufbau und der Stärkung Europas zu arbeiten. Robert Schuman sagte nach der Erklärung vom 9. Mai 1950 „c'est un saut dans l'inconnu“, ein Sprung ins Ungewisse. Jetzt kennen wir den Weg und haben den größten Teil geschafft. Wir brauchen Mut und Überzeugung, um ihn fortzusetzen.

Enrique Barón Crespo

Engagieren Sie sich für die Europawahl 2019!

Ich bin eine der wenigen noch lebenden ehemaligen Mitglieder aus den Zeiten, als das Europäische Parlament noch nicht gewählt wurde.

Ich war 1965 eine der wenigen Frauen und das jüngste Mitglied des Europäischen Parlaments.

Im Jahr 1979 habe ich bei den ersten Wahlen zum Europäischen Parlament kandidiert, wurde jedoch nicht gewählt, obwohl ich Tausende von Stimmen mehr erhielt als diejenigen, die schlussendlich für Luxemburg ins Parlament eingezogen sind.

1989 hatte ich dann das Glück, gewählt zu werden. Von 1989 bis 2014, also 25 Jahre lang, war ich erneut Mitglied des Europäischen Parlaments.

Da ich die europäische Integration mit ihren Problemen, Misserfolgen und Errungenschaften seit 1950, also seit fast 70 Jahren, hautnah miterlebt habe, bereitet mir die derzeitige Situation der Europäischen Union große Sorgen und ich fürchte mich vor dem Ergebnis der Europawahl, die vom 23. bis 26. Mai 2019 stattfindet.

Uns bleibt nicht mehr viel Zeit, um das Schlimmste zu verhindern, dass nämlich eine Partei von Nationalisten und Populisten versucht, die Europäische Union zu Fall zu bringen, unter anderem durch eine Blockade des Europäischen Parlaments.

Wir müssen uns alle für die Rettung der Europäischen Union einsetzen, denn sie ist unsere einzige Garantie für unseren Frieden, unsere Werte und unseren Wohlstand.

Es ist unsere Pflicht, unsere Kräfte zu vereinen, um das zu retten, was wir in den vergangenen 70 Jahren mit unserer Arbeit aufgebaut haben.

Leider genießen zu viele junge Menschen der heutigen Generation die Freiheiten, für die wir sehr hart gekämpft und die wir ihnen letztendlich im Rahmen der Zollunion und des Binnenmarkts ermöglicht haben, ohne groß darüber nachzudenken. Sie sind sich nicht bewusst, was sie an Lebensqualität einbüßen würden, wenn sie die EU verlassen würden oder die EU scheitern würde, anstatt gestärkt zu werden.

Wir haben die Pflicht, über die Errungenschaften und die Notwendigkeit einer Vertiefung der EU aufzuklären und den Menschen klar zu machen, welche katastrophalen Folgen es hätte, wenn die EU geschwächt oder ihr sogar die Fähigkeit genommen würde, unsere Stellung in der Welt zu verteidigen, unsere fairen Handelsbeziehungen mit Drittstaaten zu schützen, die Herausforderungen zu bewältigen, die sich uns durch den Klimawandel und die Migration stellen, und neue bewaffnete Konflikte zu vermeiden.

Ich bin mir bewusst, dass die Europäische Union – häufig zu Unrecht – für eine Armutsquote verantwortlich gemacht wird, die in keinem ihrer Mitgliedstaaten mehr existieren dürfte.

Ich bin überzeugt, dass eine bessere Verteilung des Wohlstands eine der Voraussetzungen ist, um in unserem nationalen und europäischen Demokratiesystem, das auf einer sozialen Marktwirtschaft beruht, das Vertrauen vieler unserer Bürger zurückzugewinnen.

Doch wir werden keine größere soziale Gerechtigkeit erreichen, indem wir unsere Möglichkeiten zum Erhalt des Wohlstands durch eine Politik der nationalen Isolation einschränken.

Ich weiß, dass es nicht leicht ist, all das zu erklären, objektiv zu informieren, sich Gehör zu verschaffen und verstanden zu werden.

Ich weiß, dass es heutzutage einfacher ist, Falschmeldungen und absichtlich Lügen zu verbreiten, als sich auf Medien zu verlassen, die fähig und willens sind, auf der Grundlage von Fakten richtig zu informieren.

Doch wir dürfen uns von all diesen Schwierigkeiten und Hindernissen nicht entmutigen lassen.

Wir dürfen trotz unseres Alters nicht nachgeben.

Ich rufe meine ehemaligen Kollegen aller Parteien dazu auf, ihrer Verantwortung nachzukommen und sich im Wahlkampf zu engagieren, um zu verhindern, dass im Mai 2019 Euroskeptiker oder sogar Antieuropäer ins Europäisches Parlament einziehen.

Unsere Generationen spielen eine wichtige Rolle dabei, eine bessere Zukunft zu schaffen – auch für diejenigen europäischen Bürger, die sich von den Feinden der Europäischen Union verunsichern lassen.

Astrid Lulling

ERASMUS+ - Bildung und Ausbildung, Jugend unter einem Dach

Das Studentenaustauschprogramm ERASMUS blickt auf eine mehr als 30jährige Erfolgsgeschichte zurück. Es ist nicht nur in der EU, sondern auch über die Grenzen hinweg sehr gut bekannt und äußerst gefragt. Jedoch haben sich auch andere Programme in den Bereichen der formalen und non-formalen Bildung über die Jahre etabliert.

Ursprünglich gestartet ist ERASMUS als Europäisches Austauschprogramm für Studierende. Heute ermöglicht das Programm den Austausch von Studierenden, Schülern, Jugendlichen, Lehrenden, sowie Hochschulpersonal und beinhaltet zudem viel weitere Möglichkeiten für grenzüberschreitende Projekte, um gegenseitiges Verständnis in Europa und sogar weltweit zu fördern.

Das Programm ERASMUS+, das erfolgreiche Bildungsprogramm der EU

macht deutlich, wie wichtig Schulbildung (Comenius), berufliche Ausbildung (Leonardo), Erwachsenenbildung (Grundtvig) und Jugendarbeit sind. Alle Programmteile verfügen jeweils über ein eigenes (Mindest)budget.

Viele Maßnahmen, die sich in den vergangenen Bildungsprogrammen bewährt haben, bestehen weiter: neben dem Studentenaustausch unter ERASMUS sind das Schulpartnerschaften, im Rahmen derer auch ein individueller Schüleraustausch möglich ist, Praktika im Rahmen der Berufsausbildung, Maßnahmen im Bereich der Erwachsenenbildung oder der Europäische Freiwilligendienst, um nur einige zu nennen.

Verbesserungen wurden vorgenommen: So kann nun jeder Student bis zu 12 Monaten pro Studienabschnitt (Bachelor und Master und PhD) im Ausland verbringen, dies auch als Studienpraktika während des Studiums und bis zu einem Jahr nach Studienabschluss.

Neues wurde eingeführt: Für ein ganzes Masterstudium von einem oder zwei Jahren im Ausland können Studierende einen Kredit von 12.000 oder 18.000 € zu günstigen Zinssätzen und guten Rückzahlungsbedingungen aufnehmen, für den die EU bürgt. Damit wurde zusätzlich zu den Erasmusstipendien ein Angebot geschaffen, das vielen jungen Menschen einen Auslandsaufenthalt ermöglicht, die ihn sich mit den geringen Stipendien nicht leisten könnten. Leider wurde dieses Angebot nicht nachgefragt und daher nicht fortgeführt. Aber ich erinnere mich an die ablehnende Haltung einiger Mitgliedsstaaten, die dann wohl auch dieses window of opportunity nicht öffneten, mit der Folge, dass niemand davon erfuhr...

Nach dem Vorbild von e-twinning – einer IT Plattform zur Zusammenarbeit von Lehrern im Bereich von Comenius- wurde EPALE im Bereich Grundtvig geschaffen.

Der Europäische Freiwilligendienst (EVS) den Jugendliche bis zu einem Jahr in einem der Länder des Europarates absolvieren können, war bisher ebenfalls Bestandteil des Programms, ist nun bereits umgewandelt in das Europäische Solidaritätskorps (ESC), das einen eigenen Haushalt hat.

Der Bedeutung der Bildung wurde in der aktuellen Programmperiode 2014-2020 endlich durch eine Erhöhung der Mittel um 40% auf 14.774 Mrd.€ Rechnung getragen. Denn die Ziele der Strategie

Europa 2020 zur Erhöhung der Beschäftigungsfähigkeit sind nicht erreichbar, wenn nicht in formale und non-formale Bildung investiert wird.

Für die neue Programmperiode 2021-2027 hat die EU Kommission, wie vom Parlament gefordert, sogar eine Verdoppelung des Budgets auf 30 Mrd.€ vorgeschlagen, davon entfallen auf die Bildung 25 Mrd.

Wie wichtig Bildung, Sprachen lernen und interkulturelle Fähigkeiten sind, zeigt sich besonders jetzt bei den vielen jungen Menschen in Europa, die ohne Arbeit sind. Erasmus+ kann keine Maßnahmen in den Mitgliedstaaten ersetzen, um die Lage vor Ort zu verbessern und die Probleme zu lösen. Jedoch können junge Menschen leichter eine Arbeit in einem anderen Land finden, wenn sie einer anderen Sprache und interkulturellen Fähigkeiten mächtig sind.

ERASMUS+ stellt vielfältige Möglichkeiten des Austausches und der Zusammenarbeit für ca. 4 Millionen Menschen zur Verfügung. Studenten, Auszubildende, Lehrer, Professoren, Trainer, Jugendliche, Jugendarbeiter können von den Angeboten profitieren. Nur so kann auch die Europäische Idee weitergetragen und dumpfen Nationalismus begegnet werden.

Doris Pack

Das Europäische Parlament und der Menschenrechtsschutz

Noch vor kurzem dachte man, Demokratie, Grundrechte und Rechtsstaatlichkeit seien bereits erreichte Ziele. Gegen die jüngsten Angriffe von Regierungen auf die unabhängige Justiz und die Medienfreiheit in einigen Mitgliedstaaten muss jedoch etwas getan werden. Aus diesem Grund hat das Europäische Parlament die Kommission und die Mitgliedstaaten aufgefordert, Artikel 7 des EU-Vertrags gegen Ungarn geltend zu machen. Wenn diese Herausforderungen etwas Gutes hatten, dann ist es die Tatsache, dass die Debatte über den Zweck und die Werte der EU lange nicht mehr so leidenschaftlich geführt wurde, wie es derzeit der Fall ist.

Während in Europa die nationalistischen und auch repressiven Stimmen wieder lauter werden, wissen ehemalige Mitglieder des Europäischen Parlaments nur zu gut, was es zu verteidigen gilt, und, dass die EU nicht nur als Friedensprojekt geschaffen wurde, sondern dass die Menschenrechte im weiteren Sinne den Kern ihrer Werte bilden.

In diesem Herbst wurde im Rahmen vieler Veranstaltungen der 70. Jahrestag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte begangen. Man darf seine Bedeutung als grundlegendes Instrument für viele regionale Übereinkommen, insbesondere die Europäische Menschenrechtskonvention, nicht unterschätzen. Daneben ist eine weitere globale Verpflichtung dazugekommen, die ich erwähnen möchte, die Agenda 2030 der Vereinten Nationen von 2015 mit ihren 17 miteinander verbundenen Zielen für eine nachhaltige Entwicklung.

Sie repräsentieren den menschenrechtsbasierten Ansatz in seinen vielen Dimensionen. Diese Ziele sind universell, und auch die EU hat damit begonnen, sie nach innen und nach außen umzusetzen. Da das Hauptanliegen der Agenda 2030 lautet, „niemanden zurückzulassen“, ist sie der perfekte Fahrplan zur Verwirklichung der Menschenrechte in der ganzen Welt.

Die EU verfügt über mehrere wertvolle Instrumente zur Verteidigung der Menschenrechte außerhalb der EU. Eine demokratische Gesellschaft ist Voraussetzung für die Gewährleistung der Rechte aller Menschen, und EU-Wahlbeobachtungsmissionen sind neben multilateralen parlamentarischen Versammlungen dafür ein sehr nützliches Instrument.

Meine jüngsten Erfahrungen mit der Leitung der Wahlbeobachtungsmission in Armenien waren ein Beweis für die neue demokratische Ausrichtung dieses Landes im Kaukasus, in unserer unmittelbaren Nachbarschaft. Diese Wahl war praktisch frei von Unregelmäßigkeiten und Fehlverhalten.

Die Rolle des Parlaments war entscheidend bei der Schaffung des Europäischen Instruments für Demokratie und Menschenrechte (EIDHR), das seitdem ein wichtiges Instrument zur Unterstützung der Menschenrechte in Drittländern ist. Viele Bedrohungen der Meinungs-, Religions- und Glaubensfreiheit sowie der Minderheitenrechte spiegeln sich am deutlichsten in der Behandlung von Menschenrechtsverteidigern wider, die den Opfern von Menschenrechtsverletzungen eine Stimme geben.

In dem Maße, wie der zivilgesellschaftliche Raum weltweit immer kleiner wird, werden auch immer mehr Menschenrechtsverteidiger massiv verfolgt. Das EIDHR unterstützt sie dann, wenn sie besonders gefährdet sind.

In Anerkennung der Bedeutung von Menschenrechtsverteidigern hat das Europäische Parlament in diesem Jahr den 30. Jahrestag des Sacharow-Preises begangen, der an einzelne oder mehrere Menschen verliehen wird, die ihr Leben der Verteidigung der Menschenrechte und der Gedankenfreiheit widmen.

Die ehemaligen Preisträger dieser renommierten Auszeichnung haben sich im Sacharow-Netzwerk zusammengeschlossen. Das EP beobachtet aufmerksam ihre Lebensumstände und unterstützt sie bei Bedarf. In einer der jüngsten dringenden Menschenrechtsentscheidungen des EP wurde die Freilassung von Nasrin Sotudeh aus der Haft gefordert. Diese iranische Anwältin verteidigt Frauen, die gegen das obligatorische Tragen eines Schleiers protestiert haben, und ist Sacharow-Preisträgerin des Jahres 2012.

Das Europäische Parlament muss in den kommenden Jahren mehr denn je seine Vorbildfunktion für die weltweite Verteidigung der Menschenrechte wahrnehmen, und ihm kommt dabei eine entscheidende Rolle zu.

Heidi Hautala

Subsidiarität

Die Subsidiarität ist eines der Einigungsprinzipien Europas. Es steht in den Präambeln der Charta der europäischen Grundrechte und des Vertrages über die Europäische Union. Ohne den Grundsatz, dass die europäische Ebene nur das regeln soll, was national geregelt nicht zu einem alle Mitgliedstaaten befriedigenden Ziel führen würde, könnte die Union der Bürger und der Staaten nicht existieren. Das gilt unabhängig von dem Grad ihrer Föderalisierung.

Der Vertrag von Lissabon belässt es nicht beim Grundsätzlichen: Er sieht im Prinzip der Subsidiarität eine Ermahnung zu größtmöglicher Bürgernähe europäischer Politik und zählt es im Artikel 5 neben der Einzelermächtigung und der Verhältnismäßigkeit ausdrücklich zu den Handlungsmaximen der Union: So einfach, so konsequent und so weise.

Allerdings: Während der Grundsatz der Einzelermächtigung anscheinend keiner weiteren Erläuterungen oder Ausführungsbestimmungen bedarf, erachtet der Vertrag für die Subsidiarität, wie übrigens auch für die Verhältnismäßigkeit, ein zusätzliches Protokoll für notwendig. Es versucht Subsidiarität, auf der Ebene der Union wie der Mitgliedstaaten, durch ausgefuchste Verfahrensschritte und genau definierte Verfahrensbeteiligte politisch handhabbar und rechtlich einklagbar zu machen.

Die Organe der Union, Parlament, Rat und Kommission, aber auch Gerichtshof, Zentralbank und Investitionsbank, müssen jeden Gesetzesvorschlag vorab als vereinbar mit dem Prinzip der Solidarität detailliert begründen. Die Regierungen und die Parlamente der Mitgliedstaaten müssen ihre Einwände und Forderungen nicht nur begründen, sondern sind dabei auch an bestimmte (enge) Fristen und Quoten gebunden. In diesem Rahmen haben sie in vergangenen zehn Jahren in drei Fällen mit Erfolg auf die Beachtung des Subsidiaritätsprinzips gedrungen. An der Nichtbeachtung des Subsidiaritätsprinzips scheitern kann ein europäischer Gesetzentwurf allerdings erst, wenn es eine Mehrheit im Europäischen Parlament oder eine 55 Prozent Mehrheit im Rat so beschließt.

Was Subsidiarität im konkreten Einzelfall bedeutet, bleibt also im politischen Ermessen des Rates oder des Parlaments. Das macht das Prinzip keineswegs zum Papiertiger. Inhaltlich ist die Verletzung des Subsidiaritätsprinzips kaum justitiabel, aber die Einhaltung der einzelnen Schritte zur Prüfung, Abwägung und Entscheidung ist es sehr wohl. Mit dem Zwang, jeden Schritt legislativen Handelns im Rahmen der Kompetenzen der Union mit der Beachtung des Prinzips der Subsidiarität abzuklären, setzt der Vertrag mehrere Schwellen zum Innehalten und Nachdenken. Subsidiarität ist bei der Rechtsetzung der Union eine ständige orientierende und mahnende Begleiterin und ein Frühwarnsystem vor der Aushöhlung nationaler und staatlicher Identität.

Subsidiarität steht im Zentrum des politischen Handelns der Union – und doch auch wieder nicht. Sie soll weder zu einem Einfallstor für die Verrechtlichung von Politik, noch für die Politisierung des Rechts. Und das ist gut so. Der Vertrag tut alles, um den Missbrauch des Subsidiaritätsprinzips zur Verhinderung europäischer Rechtsetzung aus nationalistischen Motiven oder gar für die Renationalisierung der europäischen Politik werden, wenn nicht auszuschließen, so doch zu erschweren.

Zahl und Gewicht der Probleme, die sich auf der nationalen Ebene nicht mehr effektiv und befriedigend lösen lassen, nehmen zu und damit nehmen auch Zahl und Gewicht der Eingriffe in

nationale, regionale und lokale Handlungsmöglichkeiten und Identitäten zu. Das erhöht nicht nur die Gefahr, dass das Prinzip der Subsidiarität zur Renationalisierung der europäischen Politik pervertiert, sondern auch, dass die Großen und Starken der Versuchung erliegen, das zu tun, was sie können und die Kleinen und Schwachen mit dem allein zu lassen, was diese nicht können. Subsidiarität muss in der Union eng verbunden mit den Grundsätzen der Solidarität und der Loyalität gesehen werden - drei Schwestern, deren Zusammenwirken das Lebenselixier für eine demokratisch legitimierte, handlungsstarke und bürgernahe Union ist.

Klaus Hänsch

Ehem. Präsident des Europäischen Parlaments

Europäisches Parlament / Nationale Parlamente

Die Europäische Union ist aufgrund der Direktwahl ihres Parlaments eine echte konstitutionelle Demokratie. Dieses unmittelbare Wahlrecht der Bürgerinnen und Bürger wirkt sich auf die innere Organisation der Union aus.

Durch die Direktwahl werden die Befugnisse des Parlaments neu legitimiert und erweitert. Damit entstehen weitreichende Einflussmöglichkeiten auf den gesamten institutionellen Rahmen und eine demokratische Rechenschaftspflicht. Durch den Wahlkampf der Spitzenkandidaten, die Anhörung der Kommissionsmitglieder und die gemeinsame Verantwortung wird die zentrale Anbindung an die Kommission gestärkt. Doch die parlamentarische Kontrolle erstreckt sich auch auf den Europäischen Rat, den Rat der Europäischen Union und sogar auf die Europäische Zentralbank.

Dies reicht jedoch bei Weitem nicht aus. In der Europäischen Union kann man heute nicht mehr von einem demokratischen Defizit sprechen: Von Brüssel bis in die kleinste Gemeinde gibt es in der Tat ein dichtes Netz von Volksvertretungen. Dennoch besteht eine beträchtliche Lücke zwischen der europäischen Volksvertretung und den einzelstaatlichen Volksvertretungen. Was fehlt, ist ihre Verbindung: in erster Linie diejenige zu den nationalen Parlamenten. Aufgrund verschiedener Schwierigkeiten bei der Abstimmung der Zuständigkeiten der Union mit denjenigen der Mitgliedstaaten haben sich innerhalb der europäischen Entscheidungsstrukturen „blinde Flecken“ ergeben, die weder der europäischen noch der einzelstaatlichen parlamentarischen Kontrolle unterstehen.

Gewiss, seit dem Vertrag von Lissabon sind die nationalen Parlamente durch verschiedene Informations- und Entscheidungsverfahren uneingeschränkt Teil der Rechtsordnung der Union geworden. Das wichtigste dieser Verfahren – das auch die größte Symbolwirkung hat – ist das Änderungsverfahren der Verträge (Art. 48 EUV). Darüber hinaus haben sich die Zusammenkünfte der Ausschüsse des Europäischen Parlaments mit den entsprechenden Ausschüssen der nationalen Parlamente in der Praxis als durchaus wirksam erwiesen.

In der öffentlichen Wahrnehmung wird all dies jedoch nicht als ausreichend empfunden. Es scheint, als ob man sich innerhalb der Union nach dem Parlament von früher sehnte, das aus nationalen Delegationen bestand: Damals erfolgte die Übermittlung von Standpunkten, Anträgen und sogar einer gewissen gemeinschaftlichen „Atmosphäre“ dank der Personalunion der Vertreter unmittelbar, von der überstaatlichen Versammlung bis hin zu derjenigen im Heimatstaat.

Es zeigt sich also, dass das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente – wie dies bei der Steuerung des Europäischen Rats und des Rats der Europäischen Union bereits der Fall ist – einander „direkt miteinander reden und in die Augen sehen“ müssen. Und zwar nicht nur hin und wieder, im Ausnahmefall, sondern auf regelmäßiger Basis.

Gelegenheiten, bei denen dies geschieht, gibt es bereits: bei den interparlamentarischen Konferenzen, an denen Delegationen der Sonderausschüsse aller nationalen Parlamente der Union teilnehmen. Dieses Verfahren wurde bereits früher im Rahmen der institutionellen Politik (COSAC)

und jüngst der Wirtschaftspolitik (Interparlamentarische Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der EU) und der Außen- und Verteidigungspolitik (Interparlamentarische Konferenz für die GASP/GSVP) erprobt. Diese Vorgehensweise ist jedoch noch wenig durchdacht und mangelhaft in der Umsetzung, da sie von beiden Seiten immer wieder abgebrochen wird: sowohl im Europäischen Parlament (aus Angst, Einfluss auf Entscheidungen zu verlieren, die die gesamte Union betreffen) als auch in den nationalen Parlamenten (aus Angst, die Zuständigkeit für die Steuerung und Kontrolle der Innenpolitik teilen zu müssen).

Dieses mangelhafte Vorgehen sollte im allgemeinen Interesse der Union überwunden werden. Wenn sich die Konferenzen zur interparlamentarischen Zusammenarbeit beispielsweise am Modell und an den Regeln der Zusammensetzung des Rats der Europäischen Union orientierten, dann könnte das „Recht der Europäer auf ein Parlament“ mit der fortschreitenden Ausmerzung der blinden Flecken und des Gefühls politisch nicht kontrollierter Macht, das diese auslösen, uneingeschränkt realisiert werden.

Die Einheit der Wählerschaft würde sich dann logischerweise in der Verbundenheit und dem Dialog zwischen den verschiedenen Volksvertretungen Europas widerspiegeln: Diese wären somit durch den Grundsatz der institutionellen Subsidiarität geeint, der das genaue Gegenteil von Fremdheit und Trennung bedeutet. Die in Lissabon begonnene Arbeit muss also vollendet werden.

Andrea Manzella

Errungenschaften und Herausforderungen des Europäischen Parlaments

Die nach dem Zweiten Weltkrieg entstandene berechenbare Weltordnung unter Führung der USA und ihre Institutionen sind ins Wanken geraten und es ist noch völlig unklar, wohin dies letztlich führen wird. Der geplante Ausstieg der USA aus dem Pariser Klimaschutzabkommen, die einseitige Aufkündigung des gemeinsamen umfassenden Aktionsplans – der Atomvereinbarung mit dem Iran –, Spannungen mit den NATO-Bündnispartnern und der schleichende Handelsprotektionismus sind ein Zeichen für die zerstörerische Macht der „America First“-Politik der Vereinigten Staaten unter Donald Trump. Heutzutage sind in vielen Ländern weltweit autoritäre Regierungsformen im Aufstieg begriffen. Vom Brexit über Vertreter einer antiliberalen Demokratie bis hin zu aufkommenden nationalistischen Stimmungen – die Europäische Union ist gegenüber diesen weitgreifenden Tendenzen offenbar nicht immun. Die problematischen letzten zehn Jahre haben uns sowohl die Belastbarkeit als auch die Verletzlichkeit der Europäischen Union vor Augen geführt. Die Politik in der Union ist heutzutage stärker umstritten und fragmentiert. Und genau vor diesem Hintergrund wird die kommende Europawahl stattfinden.

Institutionell und politisch stellt das Europäische Parlament einen unverzichtbaren Akteur im Leben und in der Politik der heutigen Europäischen Union dar, zu dem es sich innerhalb nur einer einzigen Generation entwickelt hat.

Ein direkt gewähltes, länderübergreifend agierendes Parlament mit vertraglich eingeräumten Befugnissen, das alle Völker der Europäischen Union vertritt, ist wirklich etwas Beeindruckendes und Einmaliges. Es steht für einen Wandel nicht nur in der Politik, sondern in der ganzen Gesellschaft. Es ist etwas noch nie Dagewesenes in Bezug auf das menschliche Miteinander und weltweit bisher einzigartig. In seiner Anfangszeit musste das Parlament, als es umfangreichere Befugnisse für sich beanspruchte, sein demokratisches Mandat durchsetzen. Mittlerweile fungiert es als Mitgesetzgeber zusammen mit dem Rat, als Haushaltsbehörde, die auf sämtliche Ausgaben der Union, aber nicht auf ihre Einnahmen Einfluss nimmt, als Organ mit Kontrollbefugnissen über die Europäische Kommission und sämtliche hochrangigen Behörden auf Unionsebene, es verfügt über das Zustimmungsrecht zu internationalen Vereinbarungen und wird durch immer wesentlichere interinstitutionelle Vereinbarungen mit der Kommission unterstützt. Es ist nicht die Quasselbude der frühen Kritiken an seiner Vorgängerin, der Europäischen Parlamentarischen Versammlung. Es bildet eine demokratische Säule des EU-Systems der doppelten Legitimation, nämlich der Legitimation durch die EU-Länder, die im Rat vertreten sind, und durch ihre Völker über das Recht ihrer Bürgerinnen und Bürger, das Parlament direkt zu wählen.

Wie anhand der Wahlbeteiligung bei mehreren aufeinanderfolgenden Wahlen deutlich wurde, hat sich diese Zunahme an Einfluss und Macht nicht in der Legitimation durch die Bevölkerung widerspiegelt.

Von der ersten Direktwahl in neun Mitgliedstaaten im Jahr 1979 bis zur achten Direktwahl in 28 Mitgliedstaaten im Jahr 2014 ist die Wahlbeteiligung stets zurückgegangen, von hohen 61,8 % auf lediglich 42,6 %. Diesen Trend aufzuhalten und umzukehren, ist eine Herausforderung.

Europa in die Europawahl einzubringen war schwer, selbst beim Spitzenkandidaten-Experiment im Jahr 2014. Bei der Mobilisierung der Wähler ging es in der Vergangenheit mehr um von lokalen oder nationalen Vorlieben beeinflusste Themen und Persönlichkeiten als um grenzübergreifende und gesamteuropäische Fragen. Selbst wenn in den nationalen Wahlkampagnen im Vorfeld der Europawahl europapolitische Fragen ins Spiel kommen, können diese in den einzelnen Ländern hinsichtlich der Vorlieben und Interessen sehr unterschiedlich ausfallen.

Hoffen wir, dass es dieses Mal, da so viel auf dem Spiel steht und so viel umstritten ist, anders läuft. Die Europäerinnen und Europäer dürfen die Europäische Union nicht mehr als selbstverständlich hinnehmen. Mehr denn je zuvor kommt es jetzt darauf an, Angelegenheiten der pluralistischen Demokratie voranzubringen und zu verteidigen. Mehr denn je zuvor ist Europa jetzt auf seine Europäerinnen und Europäer angewiesen.

Pat Cox

Bilanz und Zukunft des Europäischen Parlaments

Es hat dreißig Jahre gedauert, bis das Europäische Parlament zu einem Parlament wurde, das seinen Namen verdient. Als es 1979 zum ersten Mal in allgemeinen Wahlen gewählt wurde, war seine Entscheidungsbefugnis auf einen Teil des einzigen Haushaltsbereichs begrenzt. Von Vertrag zu Vertrag hat es zum Preis eines ständigen Kampfes gegen die Regierungen und eines engen Bündnisses mit der Kommission eine Gesetzgebungsbefugnis errungen, die sich auf nahezu alle Zuständigkeitsbereiche der Union erstreckt (Mitentscheidung), und wählt nunmehr den Präsidenten der Kommission, das heißt, der Exekutive der Gemeinschaft. Auf diese Weise war das Parlament ein ständiger und leistungsstarker Motor der europäischen Integration und eine treibende Kraft beim Abbau des berühmten „Demokratiedefizits“ Europas.

Wurden mit diesem Ergebnis seine Wünsche erfüllt oder ist damit sein Kampfgeist am Ende? Seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon im Jahr 2009 hat das Parlament alles daran gesetzt, ein reibungslos funktionierender Gesetzgebungsapparat zu sein: Zur allgemeinen Überraschung werden 80 % der Legislativtexte nach einer einzigen Lesung angenommen, und übermäßig lange Verfahren aufgrund einer inneren Spaltung der Mehrheitskoalition sind an einer Hand abzuzählen.

Und dennoch ist der Kampf um die Umsetzung eines echten parlamentarischen Systems noch nicht abgeschlossen. Drei Punkte sind zu nennen:

1. – Das Haushaltsverfahren ist weiterhin eine beschämende Verleugnung der Demokratie. Dem jährlichen Haushaltsplan, den das Parlament verabschiedet, sind durch einen mehrjährigen Rahmen Grenzen gesetzt, über den allein der Rat entscheidet. Was die Einnahmen angeht, so hat das Parlament nicht nur keinerlei Befugnis, sie werden auch nicht öffentlich diskutiert, selbst im Rat nicht. Der Haushalt ist die verkannte Schwachstelle bei allem Handeln der Union.

2. – Da die Mitgliedstaaten kein einheitliches Wahlsystem beschlossen haben, steht es ihnen frei, ihr nationales System für die Wahl ihrer europäischen Abgeordneten anzuwenden. Einige Staaten, darunter Frankreich, haben sich für ein Verhältniswahlsystem entschieden, sodass ihre europäischen Abgeordneten eher von den Parteivorsitzenden ernannte Beamte als vom Volk gewählte Vertreter sind. In diesen Ländern ist die Glaubwürdigkeit der Institution infrage gestellt.

3. – Zudem ist die Legitimität des Parlaments weiterhin angreifbar, solange für seine Zusammensetzung nicht der Grundsatz „ein Bürger, eine Stimme“ gilt. Die Überrepräsentation der „kleinen“ Länder, die auf die Zeit der ersten provisorischen Lösungen für die Institutionen der Europäischen Gemeinschaft zurückgeht, als die parlamentarische Versammlung nicht mehr als ein Forum für Debatten war, schadet mittlerweile dem gesamten europäischen Beschlussfassungsprozess in den bevölkerungsreicheren Ländern. Die Erwägungen des Verfassungsgerichts von Karlsruhe zum Vertrag von Lissabon müssen bei den künftigen Entwicklungen der Union ernst genommen werden.

Alain Lamassoure

Ein auf die Bürger ausgerichteter Binnenmarkt

Durch den Binnenmarkt hat die EU einen großen Wettbewerbsvorteil. Keine andere internationale Wirtschaftsgemeinschaft verfügt über die politische Tatkraft, die institutionelle Struktur und die Rechtsgrundlage zur Erhaltung und Durchsetzung barrierefreier Märkte. Der Binnenmarkt ist eine Triebkraft für eine dynamische und wachsende Wirtschaft.

Bei der Entwicklung des Binnenmarkts hat das Europäische Parlament bereits seine starke und visionäre Führungsrolle bewiesen. Im Jahr 1979 waren die ersten direkt gewählten Mitglieder des Europäischen Parlaments mächtige Befürworter, die der Delors-Kommission im Jahr 1987 den Weg für die wegweisende Einheitliche Europäische Akte ebneten. In den darauffolgenden Jahrzehnten hat das Parlament kontinuierlich Druck auf die Mitgliedstaaten ausgeübt, damit diese Binnenmarktmaßnahmen ergreifen und durchsetzen. Bei der Öffnung des Dienstleistungsmarktes im Jahr 2006 spielte es eine Schlüsselrolle. Nach dem Zusammenbruch der Finanzmärkte im Jahr 2008 war es der Impulsgeber für die Binnenmarktakte von 2010, die zu einer Zeit, in der einige Regierungen mit protektionistischen Maßnahmen liebäugelten, wieder politische Unterstützung fand.

Dem Parlament war stets bewusst, dass der Binnenmarkt neben seinem wirtschaftlichen Nutzen echte Vorteile für die Bürger bringen muss. Es hat Maßnahmen unterstützt, um bessere, sicherere und umweltfreundlichere Produkte bereitzustellen. Es hat die Rechte der Verbraucher beim Kauf oder der Nutzung von Erzeugnissen und Dienstleistungen verbessert. Es hat einen fairen Wettbewerb und bewusste Kaufentscheidungen durch Standards und die Kennzeichnung unterstützt. Es hat sich für eine Vielzahl von Maßnahmen eingesetzt – von der Senkung der Fahrzeugpreise in den 1970er Jahren bis zur Abschaffung der Roaminggebühren in den 2000er Jahren.

Die Verbraucher schätzen diese Maßnahmen sehr, ihnen ist jedoch im Allgemeinen nicht bewusst, dass sie auf die EU zurückgehen. Häufig beanspruchen ihre Regierung die gesamte Anerkennung. Die europäischen Unternehmen haben ganz offensichtlich die Chancen genutzt, die ihnen der Binnenmarkt bietet. Ihren Beschäftigten ist jedoch nicht immer klar, dass der Binnenmarkt für sie gearbeitet hat, obwohl sie ihm die Sicherung hochwertiger Arbeitsplätze und die Erhöhung des Lebensstandards verdanken. Meinungsumfragen zeigen, dass die Bürger die Logik eines Binnenmarkts verstehen und weiterhin von seinen Vorteilen profitieren wollen. Durch das geringe politische Profil des Binnenmarkts werden diese Möglichkeiten jedoch als selbstverständlich hingenommen. Die Wähler kennen nur in wenigen Fällen seinen Umfang und seine Zielsetzungen sowie die politischen Herausforderungen, die für seine Errichtung bewältigt werden mussten. Diese Diskrepanz in der öffentlichen Wahrnehmung der EU muss behoben und der Mehrwert des Binnenmarkts für das Leben der Menschen herausgestellt werden.

Während sich der Europäische Rat der Bedeutung eines florierenden Binnenmarktes bewusst ist, wird sein Nutzen von den Politikern in den Mitgliedstaaten nur selten anerkannt oder bekannt

gemacht. Um auf die Unterstützung der Öffentlichkeit zählen zu können, ist eine Fürsprache auf allen politischen Ebenen erforderlich. Das nächste Europäische Parlament sollte seine Kontakte zu nationalen und regionalen Parlamenten intensivieren. Es sollte eine starke Partnerschaft zwischen den Ausschüssen des Parlaments und ihren nationalen Entsprechungen begründen. Es sollte Kontakt zu den Partnern des Binnenmarkts außerhalb der EU aufnehmen. Norwegen und die Schweiz sind bereits beteiligt. Das Vereinigte Königreich wird hoffentlich auch dabei sein.

Die nächste Kommission muss den Binnenmarkt in den Mittelpunkt der Politikgestaltung stellen. Das Parlament sollte einen Vizepräsidenten für den Binnenmarkt fordern, der die politische Entwicklung, die Festlegung von Vorschriften, die Interessenvertretung und die Durchsetzung in all ihren Aspekten koordiniert. Gleichzeitig sollte sich das Parlament für einen Vizepräsidenten für Verbraucher stark machen. Mit dieser Rolle würde es ein starkes Signal an die Bürger aussenden, indem es das menschliche Gesicht des Binnenmarktes auf sichtbare Weise fördert.

Malcolm Harbour

40 Jahre Europäisches Parlament – Direktwahlen

Die Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahr 2019 werden sich hinsichtlich ihrer Tragweite deutlich von den bisherigen Europawahlen unterscheiden und erhebliche Auswirkungen in Europa zeitigen, sowohl auf internationaler als auch auf nationaler Ebene. Dabei geht um nichts Geringeres als um das Streben nach einer perfekten Union in Europa. Die Alternative dazu ist klar: Erzielen die verschiedenen nationalistischen und populistischen Bewegungen große Zuwächse, könnten zahlreiche positive Auswirkungen, die die Europäische Union in den letzten 60 Jahren herbeigeführt hat, zunichte gemacht werden. Daher sollte es 2019 zu einer deutlich höheren Wahlbeteiligung kommen als bei den bisherigen Europawahlen.

Diese neue Situation ist auf die folgenden drei wesentlichen Veränderungen zurückzuführen: 1. Die durch populistische Parteien bedingten politischen Herausforderungen, 2. die radikal veränderte geopolitische Lage Europas und 3. deren Auswirkungen auf die Politik und Strategien der einzelnen Mitgliedstaaten.

Zur ersten Veränderung: Vor welche Herausforderung wir durch die neuen europafeindlichen Bewegungen gestellt werden, ist klar. In immer mehr europäischen Ländern sind nationalistische und populistische Parteien auf dem Vormarsch, die überwiegend auf der rechten Seite des politischen Spektrums angesiedelt sind. Deren gemeinsamer Tenor besteht in der Forderung, die Rolle der Europäischen Union deutlich einzuschränken – in Extremfällen wird sogar der Austritt aus der EU gefordert. Auch wenn diese Bewegungen nur wenige gemeinsame Prioritäten haben, so steht doch bei allen die nationale Identität und die Ablehnung des Islams klar im Vordergrund; gleichzeitig plädieren sie alle für geschlossene Grenzen und eine Beschränkung sämtlicher Formen von Zuwanderung und Asyl. Sie bedeuten einen schwerwiegenden Angriff auf das bestehende Wertesystem in Europa, bei dem demokratischer Pluralismus, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit im Mittelpunkt stehen. Darüber hinaus hat die politische Führung einiger antiliberaler Demokratien in der EU bereits den kulturellen Zusammenhalt und die gemeinsamen menschlichen Werte, die wesentliche Bestandteile der Europäischen Union sind, untergraben.

Zur zweiten Veränderung: Die geopolitische Lage Europas hat sich in den vergangenen Jahren radikal verändert. Die transatlantischen Beziehungen, die sich in den letzten 70 Jahren unter US-amerikanischer Führung entwickelt haben, wurden durch die Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten und seine „America First“-Politik schwer erschüttert. Darüber hinaus ist die multilaterale Weltordnung ernsthaft in Gefahr. Bundeskanzlerin Merkel zufolge steht Europa alleine da. Es ist von autoritären Führungspersönlichkeiten umgeben (Russland, Türkei, Syrien) und im Süden grenzt es an instabile Regime wie z. B. in Libyen. Der Wunsch nach einem EU-Austritt ist möglicherweise aufgrund der katastrophalen Brexit-Politik des Vereinigten Königreichs deutlich schwächer geworden. Fakt bleibt jedoch, dass die EU-27 einen wichtigen Mitgliedstaat mit beachtlichen militärischen Kapazitäten verlieren werden.

Zur dritten Veränderung: In den vergangenen Jahrzehnten hat das Europäische Parlament mit seinen erweiterten Haushalts- und Gesetzgebungsbefugnissen den europäischen Integrationsprozess positiv beeinflusst. Bei den anstehenden Wahlen kann es zu erheblichen Machtverlusten für die Mitte-Rechts- und Mitte-Links-Fraktionen kommen, die sich in der Vergangenheit als starke proeuropäische Säulen erwiesen haben. In jedem Fall sollten sich das neu

gewählte Europäische Parlament und die Parlamente der Mitgliedstaaten um eine stärkere Zusammenarbeit bemühen. In der Vergangenheit haben die Parlamente der Mitgliedstaaten ihren Einfluss vor allem negativ geltend gemacht, indem sie die Befugnisse des Europäischen Parlaments durch rote oder gelbe Karten einzuschränken versuchten. Daher müssen nun Möglichkeiten für eine konstruktivere Beziehung der Parlamente gefunden werden.

Eine wesentliche Errungenschaft der Demokratisierung des Europäischen Parlaments war das Spitzenkandidaten-Verfahren bei der Wahl des Präsidenten der Europäischen Kommission. Rückblickend ist es erstaunlich, dass der Europäische Rat im Jahr 2014 der Forderung des Europäischen Parlaments nachgegeben hat, das im Vertrag von Lissabon festgelegte Nominierungsverfahren umzukehren. Die Begeisterung für dieses Verfahren war im Europäischen Rat zu keinem Zeitpunkt sehr groß und die Ablehnung nimmt eher noch zu.

Durch das Ergebnis der Europawahlen kann das Verfahren sogar noch weiter geschwächt werden, sollten die größten Fraktionen (PPE und S&D) wesentliche Verluste erzielen. Die ALDE, die drittstärkste Kraft im Europäischen Parlament, hat bisher darauf verzichtet, einen einzelnen Kandidaten für die Wahl des Kommissionspräsidenten zu nominieren. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass zur Erlangung einer neuen Mehrheit für den Kommissionspräsidenten eine Koalition aus mehreren Fraktionen erforderlich ist. Durch die Weigerung des Europäischen Parlaments, für die kommenden Wahlen länderübergreifende Listen aufzustellen, wurde dieses Verfahren definitiv geschwächt.

Laurens Jan Brinkhorst

Konferenz auf hoher Ebene in Florenz

Die hochrangige Konferenz mit dem Titel „40 years of European Parliament direct elections“ (40 Jahre Direktwahlen zum Europäischen Parlament) wurde vom Europäischen Hochschulinstitut organisiert und vom Verein der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments sowie vom Wissenschaftlichen Dienst des Europäischen Parlaments getragen. In ihrem Rahmen fanden im Europäischen Hochschulinstitut in Florenz an zwei Tagen (22.-23. November 2018) Grundsatzreden, Präsentationen und Gesprächsrunden statt. Konferenzteilnehmer waren neben Mitgliedern des Vereins der Ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments renommierte Redner wie die ehemaligen EP-Präsidenten Enrique Barón Crespo, Pat Cox und Klaus Hänsch. Mit lebhaften Diskussionen, anregenden Reden und interessanten Gesprächen der Teilnehmer untereinander war die Konferenz ein großer Erfolg.

Alle drei ehemaligen EP-Präsidenten betonten die Erfolge, die das Europäische Parlament in den letzten 40 Jahren hinsichtlich seines institutionellen Rahmens, der Gesetzgebung und des europäischen Integrationsprozesses erzielt hat. Ferner gingen die Redner auf die populistischen und europafeindlichen Tendenzen ein, die angesichts der anstehenden Europawahl besonders beunruhigend sind. „Der wieder erstarkende Nationalismus und die Tatsache, dass Ängste für populistische Zwecke ausgenutzt werden können, stellen eine echte Bedrohung dar. Die Antwort besteht darin, Europa weiter auszubauen und zu stärken“, bekräftigte Enrique Barón Crespo und verwies dabei auf Simone Veil, die auf einzigartige Weise die Würde Europas verkörpert habe. Er schloss mit den Worten: „Das Europäische Parlament hat in 40 Jahren einen Weg zurückgelegt, für den unsere Mitgliedstaaten Jahrhunderte gebraucht haben. Es ist in erster Linie ein System, das mehr Demokratie und gegenseitige Kontrolle bietet. Gleichzeitig gewinnt die europäische Zivilgesellschaft nach der Wirtschafts- und Vertrauenskrise wieder an Kraft. Dies hat positive Auswirkungen für das europäische Volk“.

Pat Cox hob in seiner Rede hervor, dass dieses „direkt gewählte, länderübergreifend agierende Parlament mit vertraglich eingeräumten Befugnissen, das alle Völker der Europäischen Union vertritt, wirklich etwas Beeindruckendes und Einmaliges ist“. Er fügte hinzu, dass „wir durch politische Innovationen die Dynamik der Demokratie ausgehend von den Bürgern wiederbeleben müssen, jedoch ohne den Überfluss an Populismus.“

So verwies Präsident Hänsch auf die Widersprüche der Demokratie im heutigen Europa: „Während die Zuständigkeiten des Parlaments Schritt für Schritt erweitert wurden, nahm die Wahlbeteiligung nach und nach ab“. Er fügte hinzu: „Es gibt in der Geschichte Zeiten, die geeignet sind, um voranzugehen und Neues auszuprobieren, und andere, um Erreichtes zu bewahren. Auch für Europa werden wieder Zeiten kommen, in denen wir vorangehen. Lassen Sie uns jetzt gemeinsam mit Herz und Verstand am Fortbestand Europas arbeiten“.

Monica Frassoni, Ko-Vorsitzende der Europäischen Grünen Partei, Alain Lamassoure und Laura Ferrara, Mitglieder des Europäischen Parlaments, Íñigo Méndez de Vigo, Mitglied des spanischen Parlaments, Monica Baldi und Laurent Brinkhorst gingen in ihren Vorträgen jedoch auch auf die gegenwärtigen Herausforderungen des Parlaments ein.

Die Europawahl am 26. Mai 2019 wird in einem schwierigen Kontext stattfinden. Ursachen dafür sind Spannungen innerhalb der EU, die auf die internationale Lage, die Herausforderung der Migration, gesellschaftliche Schwierigkeiten, die zunehmende Armut, Ängste im Zusammenhang mit der Identität und Populismus zurückzuführen sind.

Ich schließe mich der Argumentation der jüngsten Gipfeltreffen der EU an: „Konzentrieren wir uns auf das, was uns verbindet, und nicht auf das, was uns spaltet“.

Monica Baldi

VEM Veranstaltungen

Die Ukraine als Herausforderung für Europa

Die Schuman-Erklärung, die zu Recht als der maßgebliche Schritt, der das gegenwärtige Europa hervorbrachte, gefeiert wird, entstand im Nachgang zum Marshallplan, zur Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, zur Atlantischen Allianz und zu den verschiedenen, sich daraus ergebenden Initiativen für eine europäische Integration. Allen haftete die transatlantische Vision an, die damalige UdSSR im Zaum zu halten und Deutschland in einem geeinten Europa zu integrieren – mit föderalistischen Prinzipien und unter einem transatlantischen Schutzmechanismus, der mit Frieden und Wohlstand einherging.

Der in den 1950er Jahren vollbrachte Aufbau einer europäischen Verteidigung und wirtschaftlichen Integration sollte sowohl der Erweiterung der Sowjetunion Einhalt gebieten als auch einen alternativen Weg zum Kommunismus aufzeigen. Es galt die stillschweigende Zusicherung, dass die Türen dieses Gebildes für die Länder auf der anderen Seite des Eisernen Vorhangs offen stehen, sollten diese sich für einen Beitritt entscheiden.

Zur Geschichte der Europäischen Union gehören unzählige Assoziierungsabkommen. Allerdings ist keines in seiner Geschichte vergleichbar mit dem Abkommen, das mit der Ukraine geschlossen wurde – nicht unbedingt wegen des Inhalts, sondern eher wegen des Aufschubs der Unterzeichnung in allerletzter Minute, was eine Revolution und letztlich eine Invasion auslöste, die leider immer noch anhält.

Zehntausend Tote, Millionen von Vertriebenen, die Besetzung eines großen Teils des Landes, starke Zerstörungen sowie wirtschaftliche Verluste nach fünf Kriegsjahren änderten nichts am Willen des ukrainischen Volkes und seiner demokratisch gewählten Institutionen, an der Entscheidung für Europa festzuhalten, und dies ist bei weitem das bemerkenswerteste nationale Opfer, das jemals im Namen der europäischen Integration gebracht wurde.

Als Europäer und vor allem als Mensch bringe ich hiermit meine tiefste Solidarität mit dem ukrainischen Volk zum Ausdruck und teile mit Ihnen einige Gedanken zu den Herausforderungen, vor denen wir stehen, sowie zu dem Weg, den wir zum Erreichen unserer gemeinsamen Ziele einer freien, demokratischen, unabhängigen und stabilen Ukraine, eingefügt in unseren gemeinschaftlichen, menschlichen und institutionellen Rahmen, gehen müssen. Das sind die Ziele, für die die Ukraine einen hohen Preis gezahlt hat.

In diesem Sinne werfen wir einen Blick auf das Assoziierungsabkommen und seine Umsetzung unter Berücksichtigung der wichtigsten Bedingungen. Das Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Union und der Ukraine ist zweifellos länger und komplexer als andere (dieses Abkommen wurde sehr lange vorbereitet und die Ukraine ist ein großes Land mit zentralen politischen Fragen, die dort von größerer Bedeutung sind als anderswo), aber ich glaube nicht, dass es sich grundlegend von der europäischen Norm unterscheidet.

In dem Abkommen heißt es, dass „die Europäische Union die auf Europa gerichteten Bestrebungen der Ukraine anerkennt und ihre Entscheidung für Europa begrüßt“, eine Formulierung, die einige für weniger deutlich halten im Vergleich zu früheren Assoziierungsabkommen mit dem Ziel der EU-

Mitgliedschaft. Das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und der Ukraine ist am 1. September 2017 in vollem Umfang in Kraft getreten. Es ist ein entscheidender Meilenstein für die Ukraine.

Zum besseren Verständnis und Umgang mit den Ereignissen muss das riesige administrative Arsenal berücksichtigt werden, das durch das Assoziierungsabkommen bereitgestellt wird. Es handelt sich jedoch keinesfalls um ein Instrument des Selbstzwecks, denn es ist nur ein Mittel, wie es bereits 2013 von den Ukrainern genutzt wurde, um den Willen zum Ausdruck zu bringen, unabhängig in Frieden und Wohlstand zu leben.

Das von Monnet und Schuman geschaffene „Europa“ sollte sich gegen eine imperialistische Bedrohung stellen. Es ist dasselbe „Europa“, das heute an der Ostgrenze der Ukraine unter neuen Umständen auf die Probe gestellt wird.

Paulo Casaca

Besuch in den USA

Sicherlich gibt es weltweit nur wenige Universitäten, die ihren eigenen Flughafen haben. Die University of Illinois at Urbana-Champaign ist eine davon. Etwa 220 km südlich von Chicago gelegen, ist die Universität mit fast 50 000 Studenten eine der größten öffentlichen Hochschulen der USA. Der weitläufige, aber moderne Campus scheint sich fast über das gesamte Gebiet der zwei Kleinstädte Urbana und Champaign zu erstrecken und beherbergt zudem das *sehr erfolgreiche* von der EU geförderte Jean-Monnet-Institut.

Auf die Einladung des Instituts hin, seiner Zwanzigjahrfeier als Vertreter der ehemaligen MdEP beizuwohnen, landete ich spät an einem kalten Novemberabend auf dem universitätseigenen bescheidenen, aber dafür günstig gelegenen Flughafen!

Nach einer langen Reise mit *Zwischenstopp in Dallas*, etwa 1 500 km weiter südlich, – ich habe nie verstanden, warum es günstiger ist, zwei Flüge zu nehmen und Stunden vor der eigentlichen Ankunft am Reiseziel bereits darüber hinwegzufliegen – wurde ich am Flughafen von Sebnem Ozkan, der assoziierten Direktorin des Zentrums und eine meiner exzellenten Gastgeberinnen, erwartet.

Die University of Illinois ist die einzige amerikanische Universität, die einen Masterabschluss in Europastudien anbietet, und es war mir ein Vergnügen, mit Dr. Neil Vander Most, Professor Kostas Kourtikakis und ihren interessierten und gut informierten Studentinnen und Studenten zu sprechen. Die Fragen bezogen sich auf eine Vielzahl von Themen, auch auf die Geschichte der EU, wenig überraschend jedoch kam man unweigerlich auf den Brexit und auf die Frage zurück, warum das britische Volk dafür stimmte, eine erfolgreiche Union aus 28 Staaten zu verlassen.

Der EU-Botschafter in den Vereinigten Staaten, Seine Exzellenz David O'Sullivan, hielt im Rahmen der Jubiläumsfeier eine Rede über „die Lage der Europäischen Union“, die zum Nachdenken anregte. In der anschließenden Diskussionsrunde wurden zahlreiche Fragen zu den Entwicklungen der Beziehungen zwischen der EU und den USA gestellt. Da die Konferenz zeitgleich mit den wenig eindeutigen US-Zwischenwahlen stattfand, ergaben sich zahlreiche Gelegenheiten, Vergleiche zu ziehen und Überlegungen zu der bevorstehenden Wahl zum Europäischen Parlament im Jahr 2019 anzustellen. Diese und andere Themen kamen auch im Interview mit dem lokalen Radiosender Illinois Public Media zur Sprache, in dessen Studio ich zu Gast war.

In meiner Eröffnungsrede am Samstagmorgen sprach ich über meine persönlichen Gedanken über den Brexit und darüber, wie der damalige Premierminister David Cameron sowohl die Stimmung im Land als auch seine eigene Beliebtheit extrem falsch einschätzte. Nach acht Jahren der Sparpolitik bot die halbherzige „Remain-Kampagne“ dem britischen Volk eine seltene Gelegenheit, sich gegen die EU zu stellen und auf diesem Wege deutlich zu machen, was ihnen passte und was nicht. Es wurden offensichtliche Parallelen zu der Kritik der Amerikaner an Präsident Trump gezogen, aber auch Mahnungen gegenüber anderen Mitgliedstaaten der EU ausgesprochen, es nicht zu versäumen, sich mit den Bedenken der Wähler auseinanderzusetzen. Von den Unruhen in Frankreich bis hin zum Aufstieg von Randparteien oder „populistischen Parteien“ kann die EU als Katalysator von Protestwahl wirken.

Nach vier hektischen Tagen verlies ich Illinois und brach auf nach London, um dort an den Gedenkveranstaltungen zum Ende des Ersten Weltkriegs teilzunehmen. Zwanzig Millionen

Menschen starben im „Krieg, der alle Kriege beenden sollte“, und doch folgte ihm nur zwanzig Jahre später ein weiterer brutaler Konflikt. Ein schreckliches Zeugnis dafür, was geschieht, wenn Europa nicht vereint ist. Glücklicherweise haben die liberalen Politiker und eifrigen Wähler von heute mehr Verstand als unsere Vorgänger – hoffentlich.

Mein aufrichtiger Dank gilt Prof. Carla Santos und allen Mitarbeitern an der University of Illinois für die hervorragenden und anregenden Tage und dem Verein der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments für die Organisation.

Robert Evans

Gastvortrag an der Universität Göttingen

Ich habe mich sehr über die Einladung gefreut, der Universität Göttingen im Rahmen des EP-Gastprofessur-Programms erneut einen Besuch abzustatten.

Göttingen ist eine schöne Stadt, in der sich im historischen Stadtkern kaum ein Haus findet, an dem nicht eine Gedenktafel an den Aufenthalt herausragender Persönlichkeiten erinnert, die sich um die Europäische Kultur verdient gemacht haben.

Meine Begegnungen mit Studierenden fanden im Rahmen des Erasmus-Mundus-Programms statt, das Teil des Masterstudiengangs (M. A.) Euroculture ist. Graduierte des Studiengangs haben die Möglichkeit ihr Studium an der Universität Göttingen im Anschluss durch weitere Kurse in den Niederlanden, Spanien, Polen, Tschechien, Frankreich, Italien oder Schweden zu erweitern. Zwar ist die Organisation eines solchen Masterstudiengangs mit einem großen Zeit- und Arbeitsaufwand verbunden; Programme wie dieses allerdings, machen die Realität eines integrierten Europas erst greifbar. Nicht nur eines integrierten Europas – dem diesjährigen Studiengang wohnten auch Studierende aus Singapur, Kanada und Brasilien bei.

Es ist genau 50 Jahre her, dass ich mein Studium an der London University mit einem BA (Hons) in Germanistik und Französisch abgeschlossen habe. Im Rahmen meines Studiengangs konnten Studierende ein Semester an einer Universität im Ausland absolvieren; ich nutzte das Angebot und ging an die Freie Universität in Westberlin. Damals war es noch recht unüblich, dass Studierende, die nicht Sprachen studierten, ein Auslandsstudium absolvierten. Es ist erfreulich zu sehen, dass Studierende heutzutage die Möglichkeit haben, eine Vielzahl an Studienfächern außerhalb ihres Heimatlandes zu studieren.

Und das gilt nicht nur für Graduierte: In meiner Heimat treffe ich immer wieder auf junge Menschen, die von den Vorzügen der EU-Austauschprogramme profitiert haben, indem sie praxisnahe Fächer wesentlich greifbarer studiert haben, etwa im Bereich Freizeitmanagement und Hotelgewerbe. In Europa zu studieren, ist längst nicht mehr nur Wissenschaftlern vorbehalten.

Die Atmosphäre an der Universität im Ausland war stets freundlich, herzlich und entspannt und oftmals ließ man den Tag in geselliger Runde mit Pizza ausklingen.

Zwar schätzen die Studierenden der Universität Göttingen als auch Studierende im restlichen heutigen Europa die Möglichkeit eines Studiums im Rahmen des Erasmus-Programms, allerdings treiben sie auch unterschiedliche Ängste um in Bezug auf Arbeitsmöglichkeiten; die Karriere wird durch ihre Fähigkeiten und Qualifikationen bestimmt. Und dies ist die größte Herausforderung für die Politiker heutzutage. Auf dem ganzen Kontinent hatten wir stets den Traum, das Ziel einer „beruflichen Laufbahn, die jedem offen stehe“. Wir müssen unsere Hausaufgaben allerdings noch machen und eine Realität erschaffen. Wenn wir das nicht tun, wird sich der Traum nur als eine Illusion erweisen mit entsprechenden Konsequenzen.

Michael Hindley

Gastvortrag an der Universität Mendel

Während meines Besuchs an der Mendel-Universität in Brünn (Brno) in diesem Jahr stellte ich mich der Herausforderung, über zwei Themen zu sprechen, die in unseren Köpfen allgegenwärtig sind: Migration und Brexit.

Die Kernaussage meines Exposés: Globale Migration ist die humanitäre Krise unserer Zeit. Migration ist eine weltweite Realität. Kein Land kann diese alleine bewältigen.

Der mehrdimensionale Charakter von Migration hat Auswirkungen auf die nachhaltige Entwicklung der Herkunfts-, Transit- und Zielländer. Daher ist es notwendig, globale Lösungen zu finden und die Verantwortung gemeinsam zu tragen.

Der aktuelle Bezug ist die New Yorker Erklärung für Flüchtlinge und Migranten, die auf der Generalversammlung der Vereinten Nationen 2016 einstimmig angenommen wurde. Die in dieser Erklärung formulierten Absichten und Zukunftsvisionen sind in dem ersten internationalen, nicht rechtsverbindlichen Migrationsrahmen, dem Globalen Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration, verankert. Er ist das zentrale Thema meiner Ausführungen, einschließlich der folgenden Aspekte:

- * Migration in all ihren Dimensionen wie z. B. Menschenhandel, Grenzmanagement, Integration von Migranten, Rückkehr und Rückübernahme usw.;
- * die zehn Leitprinzipien und 23 konkreten Ziele, die im Globalen Pakt formuliert werden und den Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen bei der Umsetzung ihrer nationalen Migrationspolitik als Bezugspunkte dienen sollen;
- * Annahme des Pakts: im Konsens oder durch Abstimmung, wobei mindestens zwei Drittel der Stimmen erforderlich sind, auf der zwischenstaatlichen Konferenz in Marrakesch, Marokko am 10. und 11. Dezember;
- * Nächster Schritt: Die Generalversammlung der Vereinten Nationen wird ersucht, den Globalen Migrationspakt durch eine Resolution förmlich zu billigen.

In meinen Ausführungen konnte ich näher auf einige Fakten sowie auf die Bedenken einer Reihe von EU-Mitgliedstaaten eingehen, die Kritik an dem Pakt geübt hatten.

Fakten:

- * Die EU und all ihre Mitgliedstaaten haben sich an den Gesprächen über den Globalen Pakt von Anfang an beteiligt.
- * Die europäischen Ziele sind umfassend in den Migrationspakt eingeflossen.
- * Der Pakt baut auf der bestehenden Zusammenarbeit der EU mit Drittländern und internationalen Organisationen auf.

Bedenken: mögliche Auswirkungen auf nationale Hoheitsrechte, irreguläre Migration, „Menschenrecht auf Migration“ usw.

Überprüfung der Berechtigung der Bedenken:

- * Der Globale Pakt ist kein internationales Übereinkommen, daher wird er keine rechtlichen Auswirkungen auf die nationalen Rechtsordnungen haben.

* Die uneingeschränkte Wahrung nationaler Souveränität ist ein zentraler Grundsatz des Globalen Pakts.

* Mit dem Pakt werden keine neuen rechtlichen Kategorien geschaffen.

* In dem Pakt wird betont, dass Migranten Anspruch auf die gleichen universellen Menschenrechte und Grundfreiheiten haben wie alle Menschen.

Allgemeines Fazit: Mit dem Globalen Pakt soll ein gemeinsames Verständnis dafür geschaffen werden, dass Migrationsströme voraussichtlich zunehmen werden. Diese müssen reguliert werden. Um dies zu erreichen, spielen die Anerkennung der wechselseitigen Abhängigkeiten der Staaten untereinander und die internationale Zusammenarbeit eine ebenso entscheidende und wichtige Rolle wie die nationale Souveränität und das souveräne Recht der Mitgliedstaaten, ihre nationale Migrationspolitik selbst zu bestimmen.

Im Kontext der in der Migrationsdiskussion verwendeten Rhetorik wurde außerdem das Thema des Populismus besprochen. Die moderate Einstellung der Studenten in dieser Hinsicht spiegelte sich in den Ergebnissen eines Quiz zum Thema „Wie populistisch sind Sie?“ wider. Mit dieser guten Nachricht beendete ich meine Ausführungen: <https://www.theguardian.com/world/ng-interactive/2018/nov/21/how-populist-are-you-quiz>

Im zweiten Teil der Vorlesungsreihe beschäftigte uns die Endphase der Brexit-Verhandlungen und das von der EU-27 gebilligte Paket der zwei Austrittsdokumente. Die Studenten stimmten der Aussage zu, dass das Vereinigte Königreich nicht nur auf wirtschaftlicher Ebene eng mit der EU verbunden ist, sondern auch gesellschaftlich durch eine Tradition des europäischen Gleichgewichts zwischen der Freiheit des Einzelnen und sozialer Sicherheit geprägt ist. Diese Sichtweise sollte der EU und dem Vereinigten Königreich Motivation sein, eine enge und auf Regeln basierende Beziehung aufrechtzuerhalten und mit möglichen Unsicherheiten in der Zukunft angemessen umzugehen.

Mariela Baeva

Drei Vorträge in Izmir (Türkei) – für ein besseres Europa

Im Dezember 2018 habe ich drei Vorträge in der Türkei an der Wirtschaftsuniversität Izmir gehalten. Dies ist eine private Universität mit 10 000 Studenten. Dort stehen Politikwissenschaften auf dem Lehrplan, und die Unterrichtssprache ist Englisch. Die Studenten haben viele gute Fragen gestellt, was ein Beweis für ihre fundierten Kenntnisse über die EU ist.

Sie haben bei Dr. Alexander Rainer Buergin, dem Inhaber einer Jean-Monnet-Professur aus Deutschland, Unterricht. Er lehrt dort seit mehreren Jahren mit großem Erfolg und hat auch wichtige Fachartikel über das politische Vermächtnis der EU-Kommission unter Jean-Claude Juncker verfasst.

Während meines Besuchs konnte ich mein Insider-Wissen aus meiner 29 Jahre währenden Zeit im Europäischen Parlament (davon 17 Jahre als Mitglied der Konferenz der Präsidenten) an die Studenten weitergeben. Insgesamt habe ich drei verschiedene Vorträge über die europäischen Institutionen und die Herausforderungen, mit denen sie konfrontiert sind, gehalten.

Den Studenten habe ich ans Herz gelegt, mit ihrer Spezialisierung auf dem Gebiet der EU-Angelegenheiten fortzufahren und in den EU-Organen ein Praktikum zu absolvieren oder als Assistent tätig zu werden, damit sie gut gerüstet sind, sollten die Türkei und die EU eines Tages wieder ernsthafte Beitrittsverhandlungen führen.

Dies mag zwar derzeit aus mehreren Gründen wenig wahrscheinlich sein, aber nach meiner Meinung gehört die Türkei in die EU oder sollte zumindest mit ihr sehr eng verbunden sein. Während meiner Zeit im Europäischen Parlament war ich der EU gegenüber kritisch eingestellt, habe mich aber stets um konstruktive Kritik bemüht. In meinen Memoiren habe ich diese Zeit geschildert, mit ihren kleineren und größeren demokratischen Siegen, für die meine Kollegen und ich gestritten haben.

Mein zuletzt erschienenenes Buch habe ich zusammen mit Uffe Østergaard geschrieben, der mein Lehrer war und der stets für seine föderalistische Vision von Europe eingetreten ist. In den letzten Jahren hat er jedoch feststellen müssen, mit welchen Schwierigkeiten diese Vision verbunden ist. Ich hingegen war damals gegen Dänemarks EU-Beitritt, als mein Land 1972 den Antrag gestellt hatte, und wollte dann zunächst, dass Dänemark wieder austritt, habe aber inzwischen eingesehen, dass dies nicht sehr wahrscheinlich ist.

Deshalb habe ich mich an der Gründung einer neuen konstruktiven Bewegung für demokratische Reformen in der EU beteiligt, nachdem wir bekanntermaßen den Maastricht-Vertrag abgelehnt hatten. So kam es dazu, dass Professor Uffe Østergaard und ich gemeinsam ein Buch mit dem Titel „What next Europe?“ (Wie geht's weiter mit Europa?) verfasst haben, das Vorschläge für einen konstruktiven demokratischen Wandel innerhalb der EU enthält.

Wir beide planen zudem eine großangelegte Kampagne, mit der die Beteiligung an diesen Wahlen

im Mai gesteigert werden soll. Unsere Zielgruppe sind die, die nach derzeitigem Stand nicht zur Wahl gehen wollen. Dabei werden wir von Prominenten wie den bekanntesten Fußballspielern unseres Landes unterstützt, damit wir auch die jungen Wähler erreichen können. Wir wenden uns bewusst nicht an Politiker, denn wir wissen, dass sie derzeit in den Beliebtheitskalen ganz unten rangieren. Was wir anstreben, ist eine realistische Trendwende, und wir wünschen uns in etwa eine Wahlbeteiligung, wie es sie bei den nationalen Parlamentswahlen gibt.

Tatsächlich hat das Europäische Parlament inzwischen einen größeren Einfluss auf unsere Gesetze und unsere politischen Entscheidungen als unsere jeweiligen nationalen Parlamente. Wir hoffen, dass die Wähler in der EU dies ebenfalls erkennen und begreifen, weshalb diese Wahl so ungemein wichtig für uns alle ist.

Wenn Sie unsere Bemühungen in Dänemark unterstützen oder eine ähnliche Initiative auf die Beine stellen möchten, können Sie mich über folgende Adresse kontaktieren: jp@bonde.dk. Bei uns arbeiten viele Experten mit, und zwar alle ehrenamtlich.

Rechtliche, ethische, wirtschaftliche und technologische Erkenntnisse für eine solide Datenwirtschaft: AUF DEM Symposium der Universität Maastricht gewonnene Erkenntnisse

Im Programmdokument wurde das Thema festgelegt: „Da die Menschheit immer datenabhängiger wird, muss sichergestellt werden, dass die Daten, auf die sie sich stützt, die Werte einer fairen, ethischen und wirtschaftlich stabilen Gesellschaft widerspiegeln. Daten an sich haben keinen Wert. Die Art und Weise, wie Daten ausgewählt und verwendet werden, kann allerdings bestimmen, wie maschinelle Lernsysteme und andere Systeme, die mit Daten gespeist werden, in wirtschaftlicher, moralischer oder ethischer Hinsicht funktionieren. Es stellt sich nunmehr die Frage: Wie können die Systeme und Geräte, die Daten in der Datenwirtschaft nutzen, wirtschaftlich, moralisch und ethisch solide Daten gewinnen?“

Die Konferenz begann mit der Präsentation von Prof. Andres Guadamuz von der Universität Sussex, der die Teilnehmer aufforderte, zwischen künstlicher Intelligenz und von Menschen geschaffener Kunst und Musik zu unterscheiden. Das Publikum war dabei nicht sehr erfolgreich und es war nützlich, die Herausforderungen der zukünftigen Regulierung der Rechte des geistigen Eigentums zu demonstrieren.

In der Vertrauen aufbauenden Sitzung wurden die Risiken und Vorteile der Nutzung von Daten im Handels- und Gesundheitsbereich hervorgehoben – nicht nur für die Hauptnutznießer, sondern auch für das Ökosystem um sie herum. Die Themen des Moral- und Ethikgremiums waren inhaltlich weit gespannt und umfassten auch die Auswirkungen der Datenwirtschaft auf die Menschenrechte in der Zukunft. Professor Anselm Kamperman Sanders hielt einen Vortrag zum Thema „Die Schnittstelle zwischen geistigem Eigentum und Daten im World Economic and Social Survey der Vereinten Nationen von 2018 (WESS)“, der sehr inspirierend war und sich mit den Risiken und Vorteilen beschäftigte.

Der wirtschaftliche Wert von Daten stellt ein enormes Wertpotenzial für alle Bereiche dar. Diese Chance sollte genutzt werden, aber die Regulierung der datenintensiven Bereiche ist eine Voraussetzung, um Unsicherheiten zu verringern.

Es war mir eine Freude, die Themen im abschließenden Gremium mit vier talentierten Studierenden (Gaia Lisi, Eisa Rahimi, Virginia Debernardi, Bert Brookfield-Hird), mit Prof. Guadamuz und Prof. Ana Ramalho aus unterschiedlichen Perspektiven zu erörtern. Wir waren uns einig, dass Daten einen neuen Bereich darstellen, in dem die Regulierung schnell erfolgen muss, damit europäische Unternehmen und Bürger die Vorteile nutzen können. Rechtsvorschriften allein werden nicht ausreichen. Aufgrund menschlicher Befangenheiten werden Datensätze und von Menschen durchgeführte Datenanalysen diesen Befangenheiten zum Opfer fallen. Das ist jetzt schon ein Problem. KI-Technologien verstärken diese Unsicherheit noch weiter und wird diese nicht rechtzeitig angegangen, wird sie schwerwiegende Auswirkungen auf die Technologie haben. Daher müssen bestimmte Themen auf Sachverständigenebene behandelt werden.

Wir haben auch über den globalen Wettlauf gesprochen. Als Gesetzgeber habe ich betont, dass die EU bei den Ausgaben im Bereich Forschung und Entwicklung zwar hinter China und den USA zurückbleiben könnte, sie aber ein starker Exporteur von Rechtsvorschriften ist. Die EU hat bei der Behandlung von Rechtsfragen eine Vorreiterrolle gespielt und sich nicht gescheut, hohe Standards für Unternehmen zu setzen. So ist etwa die DSGVO ein Musterbeispiel für andere Länder und Regionen der Welt. Unternehmen loben sie ungeachtet der Komplexität ihrer Einführung.

Bert schloss mit dem folgenden Ergebnis: „Die Einsatzmöglichkeiten von Daten werden ständig erweitert und scheinen endlos. Es muss jedoch sehr sorgfältig darauf geachtet werden, dass die möglichen großen Vorteile, die die Datennutzung für unsere Gesellschaft mit sich bringen kann, nicht von den Folgen überwogen werden, an deren Vermeidung wir arbeiten müssen. Interdisziplinäre Veranstaltungen wie das Symposium über wertlose Daten sind der Schlüssel dazu und helfen uns, die betreffenden Fragen besser zu verstehen, bevor wir Gesetze dazu erlassen.“

Edit Herczog

Erasmus+-Mobilität? Ich werde es hoffentlich überleben!

Die Redner bei dem vom Verein der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments veranstalteten jährlichen Seminar sprachen über interessante und aktuelle Fragen, die das Leben aller stark beeinflussen.

Die Gegenwart zeigt wieder einmal, dass Erwartungen und Realität zwei Konzepte sind, die sich zuweilen widersprechen. Jahrzehntelang haben die Menschen für ein besseres soziales Umfeld gekämpft. In der letzten Zeit stand die Frage der Erasmus+-Mobilität im Mittelpunkt. Eine unglaubliche Möglichkeit für Studierende, zu reisen, ein anderes akademisches Umfeld kennenzulernen und soziale Kompetenzen in einem multikulturellen Rahmen zu entwickeln. Wie einer der Redner während des Seminars sagte, ist die EU einer der bedeutendsten Märkte für Studierende. Genauer gesagt haben 9 Mio. Studierende dieses Mobilitätsprogramm seit seiner Einrichtung im Jahr 1987 genutzt. Die Dynamik des Reisens hat sich im Laufe der Zeit drastisch verändert. Die vier von der Europäischen Union garantierten Freiheiten bieten den perfekten Rahmen, um den Studierendenaustausch innerhalb der europäischen Grenzen sicherzustellen.

Persönliche Erfahrungen und viele Bewertungen ehemaliger Erasmus-Studierender zeigen, dass der Eindruck insgesamt zufriedenstellend ist. Es gibt zahlreiche Vorteile, die hier nicht noch einmal genannt werden müssen. Dennoch muss über die Maßnahmen geredet werden, die bereits abgeschlossen sind. Ich möchte jedoch auf drei Probleme einer Erasmus-Erfahrung eingehen.

Ein großer Schwachpunkt, der behoben werden muss, ist die Bürokratie. Jeder Studierende muss bürokratische Verfahren durchlaufen, um ein Stipendium zu erhalten. Der gesamte Prozess hängt stark von den Personen ab, auf die man dabei trifft, und von deren Fähigkeit, die Anfragen professionell zu beantworten. Die Leser werden dies vielleicht nicht als eine unlösbare Aufgabe betrachten, und das ist sie auch nicht. Aber die Gesellschaft hat sich in einer sehr speziellen Weise entwickelt und es ist nicht so einfach, die Komfortzone zu überwinden. Studierende neigen dazu, widerwillig zu reagieren, und verzichten auf die Gewährung eines Erasmus-Stipendiums, wenn sie auf Hindernisse stoßen.

Zu den problematischsten Aspekten, die angegangen werden müssen, gehört die Tatsache, dass Dozierende an Hochschulen in einigen Regionen, in denen ein Dialekt¹ gesprochen wird, nicht die Landessprache verwenden – und natürlich auch nicht Englisch als Arbeitssprache für Studierende, die in einem englischen Studienprogramm eingeschrieben sind. Der Druck durch Kurse, die in einer fremden und unbekanntem Sprache abgehalten werden, kann zu Angst, Panik oder sogar zu Depressionen führen. Dies sind ernste Krankheiten, die jeden treffen können und die schwer festzustellen sind.

Der letzte Schwachpunkt, der in diesem Artikel erwähnt wird, bezieht sich auf die Schwierigkeiten, die zwischen den beiden Fachbereichen auftreten können. Auch wenn es seltene Fälle sind, in denen Studierende aus einem völlig anderen Studienprogramm auswählen müssen, gibt es doch Situationen, in denen die Koordinatoren ihren Pflichten nicht nachkommen und die Studierenden

¹ Katalonien, Spanien.

ungleich behandelt werden. Neben dem Stress, der sich durch ein komplett neues Lebensumfeld ergibt, müssen sie auch mit der Unfreundlichkeit von Dozierenden an der Aufnahmeuniversität zurechtkommen. Dieser Schwachpunkt ist eine Konsequenz des ersten Punkts, der in diesem Artikel genannt wird. Und die Liste kann fortgesetzt werden.

Letztlich braucht es dafür nur viel Mut, Geduld und ein experimentierfreudiges und offenes Wesen sowie die Bereitschaft, unglaubliche Erfahrungen zu machen und eine harte Zeit zu durchleben. Dann überwiegt der bessere Teil der Geschichte und jeder wird an Erasmus teilnehmen wollen!

Georgiana Cretu

Populärer als die Populisten werden

Darin besteht die Aufgabe der Institutionen für die nächsten Jahrzehnte. Aber wie könnte ein im Aufbau befindliches politisches Unternehmen in den Augen der Bürger populärer als die sogenannten populistischen Parteien werden, die ihren Wählern goldene Berge versprechen? In der Debatte wurden zahlreiche Hypothesen vorgebracht, im Folgenden soll nun aber kurz dargestellt werden, wie ein Plädoyer der Jugend für die europäische Integration aussehen könnte.

Der Zukunft Europas wieder eine klare Richtung geben

Seit dem Ende des Kalten Krieges scheinen wir jungen Menschen nicht mehr in einem Traumzustand zu leben. Eine Regierung folgt auf die andere, ohne wirklich spürbare Änderungen. Die EU muss eine langfristige Perspektive bieten können, die herausfordernd, klar und innovativ ist, also ein echtes europäisches Projekt und kein Scheinprojekt mehr, das über eine Minimalpolitik oder eine Gemengelage nationaler Interessen nicht hinausreicht. Um dies zu erreichen, wäre der Gedanke eines von allen proeuropäischen politischen Kräften gemeinsam verfassten Manifests für ein Europa des 21. Jahrhunderts, das bei den Wahlen gegen die sogenannten populistischen Zusammenschlüsse eingesetzt würde, eine wunderbare Grundlage, sofern dieses Manifest den neuen Vorstellungen der Europäer Rechnung trägt.

Eine Weltmacht werden, um die Globalisierung zu bewältigen

Es ist unbestritten: Die europäischen Nationalstaaten allein haben auf der internationalen Bühne kein Gewicht mehr. Die einzige Lösung, nicht unter der Globalisierung zu leiden, sondern sie zu bewältigen, ist die EU. Um Einfluss auszuüben, muss die Union über einen echten Haushalt verfügen können und eine wirkliche Wirtschaftspolitik verfolgen, sodass europäische Großunternehmen, die dem internationalen Wettbewerb trotzen können, geschützt werden und neue Unternehmen gegründet werden können. Diese Unternehmen dürfen sich insbesondere nicht im Bereich der neuen Technologien (künstliche Intelligenz, Blockchain, Robotertechnik usw.) überholen lassen. Diese Politik muss den Übergang von der alten Welt des 20. Jahrhunderts in die Zukunft ermöglichen. Den *Verlierern der Globalisierung* muss dringend wieder Beachtung geschenkt werden und sie dürfen sich nicht mehr an den Rand gedrängt fühlen. Die EU muss auch im Umweltbereich sehr aktiv sein, da sie die wirksamste Handlungsebene darstellt. Zudem gehört die Umwelt zu den wichtigsten aktuellen Anliegen der europäischen Bürger. Sie ist auch die Herausforderung des Jahrhunderts, die wir bewältigen müssen!

Schlussendlich kann die EU, gerade, weil sie sich im Aufbau befindet, leichter als die Staaten neue innovative Aspekte in ihre Politik aufnehmen. Doch dazu ist Aufklärung nötig und die Bevölkerung muss in die Verwirklichung dieses möglichen Manifests einbezogen werden, damit sie sich angesprochen und den europäischen Institutionen näher fühlt. Das Verfassen dieses Manifests verlangt starken politischen Willen und Mut. Böse Zungen werden behaupten, gerade daran fehle es häufig, um eine innovative Politik verfolgen zu können, insbesondere aufgrund der Lähmung, die

durch die verschiedenen Wahltermine entsteht. Die Gründerväter haben es gewagt, eine gemeinsame Politik zu konzipieren und umzusetzen, ohne Angst vor ihrer Wählerschaft zu haben. Und wenn darin der europäische Geist bestünde? In dem Mut, langfristig zu handeln, ohne sich von den Auswirkungen der Wahlen lähmen zu lassen? In einer Zeit, in der wir zwischen zwei Modellen der Zivilisation in Europa wählen müssen, wären die Politikerinnen und Politiker, die sich für die europäische Integration einsetzen, gut beraten, diesen Gedanken zu vertiefen, um das Schicksal Europas wirkungsvoll neu zu begründen.

Antoine Granier

„Talking to North Korea: Ending the Nuclear Standoff“ von Glyn Ford (ehemaliges MdEP, SPE/S&D)

Verlag: Pluto Press, 2018

Es handelt sich hierbei um ein seriöses und gut recherchiertes Buch. Glyn Ford, ehemaliger Vorsitzender der MdEP der britischen Labour-Partei, hat sich seine Erfahrungen aus über 50 Besuchen in der DVRK (Nordkorea) zu Nutze gemacht und nach seinem Buch „North Korea on the Brink: Struggle for Survival“ (2008 ebenfalls bei Pluto Press erschienen) ein zweites Buch zu dem Thema geschrieben, das den neuesten Entwicklungen Rechnung trägt.

In Teil I beschäftigt sich der Autor mit den historischen Hintergründen von Nordkorea. In Teil II „Continuity and Change“ werden Kontinuität und Wandel in dem Land beleuchtet, und in Teil III „The Diplomatic Stage“ wird versucht, im Anschluss an eine eingehende Analyse der Vergangenheit und Gegenwart des Landes, Strategien zur friedlichen Lösung der akuten Krise auf der koreanischen Halbinsel aufzuzeigen.

In Teil I beschreibt Ford Nordkorea als ein armes, geplagtes Land, regiert von einem üblen Regime, das nicht im Sinne seines Volkes handelt. Die Führung des Landes sei der Ansicht, dass ein unabhängiger atomarer Schutzschild und Wirtschaftswachstum zur Erhaltung des Regimes in Zeiten anhaltender Feindseligkeiten von Seiten der USA notwendig sind.

In seiner Darstellung der Höhen und Tiefen der langen Herrschaft der Familie Kim – vom „dritten Weg“ der Bewegung blockfreier Staaten in den Siebzigerjahren bis zum industriellen Niedergang und der Hungersnot in den Achtzigerjahren (das Welternährungsprogramm stellte 1998 bei einem von sechs Kindern durch chronische Unterernährung verursachte Hirnschäden fest) – enthüllt Ford, dass das Land 1997 im Rahmen von Nahrungsmittelhilfen Fleisch erhielt, das möglicherweise mit BSE infiziert war.

Der erste offizielle Besuch durch Mitglieder des Europäischen Parlaments fand im Dezember 1998 statt. Die MdEP waren schockiert von den Zuständen, die sie dort vorfanden. Es folgten humanitäre und medizinische Hilfsmaßnahmen der Europäischen Kommission.

Auf seinem langen Marsch hin zu einer Marktwirtschaft wandte sich das Land schließlich dem Westen zu, nachdem der „Sozialismus“ in der Sowjetunion zusammengebrochen war. Ein Misstrauen gegenüber „imperialistischer“ und „bourgeoiser Kultur“ blieb jedoch bestehen.

In Teil II wird geschildert, dass Kim Jong-un nach dem Tod von Kim Jong-il, während dessen Führung die Wirtschaft kollabierte, äußeren Einflüssen zunehmend aufgeschlossen gegenüberstand. Er begann sowohl die wirtschaftliche Entwicklung als auch die nukleare Abschreckungspolitik voranzutreiben, seine politische Partei neu zu beleben und sich mehr und mehr der Marktwirtschaft zuzuwenden. Pjôngjang vertrete nun einen „Markt-Leninismus“, schreibt Ford, es mangle an Marktregulierung, was ausländische Investitionen behindere. Dem Autor zufolge ist die Verwandlung Nordkoreas in eine Konsumgesellschaft unumkehrbar, wenn gleich sie auch eine zunehmende Ungleichheit bedingt. Es werden erhebliche chinesische Investitionen getätigt. Kohle ist weiterhin die Hauptenergiequelle, es gebe jedoch eine gewisse Hinwendung zu erneuerbaren

Energien. Die Nahrungsmittelerzeugung ist nach wie vor problematisch, und das Alltagsleben unterliegt weiterhin strenge Kontrollen, die sich in Einschränkungen der Bewegungsfreiheit und des Zugangs zum Internet äußern, und auch das nationale Verkehrsnetz ist eingeschränkt. Nordkorea kann zwar eine hohe Alphabetisierungsrate und die weltweit fünftgrößte Armee vorweisen, es besteht jedoch ein Mangel an Medikamenten, und das Land ist weiterhin „abgeriegelt, isoliert und unterliegt einer strengen Kontrolle“.

Teil III des Buches enthält ein detailliertes Kapitel über das Atomprogramm. Ford macht die Inkompetenz der USA für den Aufstieg des Landes zur neunten Atommacht der Welt verantwortlich, die über Trägertechnologien verfügt, die sowohl durch die Sowjetunion als auch durch China mitentwickelt wurden.

Ein 40-seitiger Abschnitt zur Außenpolitik enthält unter anderem Kommentare zu den Beziehungen des Landes zur EU in den letzten zwei Jahrzehnten.

Im Fazit werden die von den USA im Anschluss an das Treffen in Singapur zwischen Kim und Trump als Gegenleistung für Fortschritte bei der vollständigen Denuklearisierung ausgesprochenen Sicherheitsgarantien thematisiert. Ford kommentiert trocken, Washington sei besorgt, der Norden könnte zu einem Supermarkt für die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen werden. In diesem Abschnitt werden die Beziehungen zwischen Pjöngjang, Washington und Peking näher beleuchtet. Ford hält einen erneuten Krieg auf der Halbinsel für möglich und betont, dass ein Friedensprozess stattfinden müsse, der, wie er einräumt, ein Jahrzehnt oder mehr in Anspruch nehmen könnte.

Dieses Buch lässt sich gut lesen, ist informativ, gründlich recherchiert und durchdacht.

Anita Pollack

